

Antrag 138/I/2024

KDV Steglitz-Zehlendorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Streichung Adressat BPT; Annahme (Konsens)

Zweigliedriges System der gesetzlichen und privaten Kranken- und Pflegeversicherung abschaffen.

1 Weiterleitung an die SPD-Fraktion im Deutschen Bundes-
2 tag:
3 1
4 Die SPD wird weiterhin die Zielsetzung verfolgen, dass
5 durch eine Änderung der gesetzlichen Vorschriften das
6 System der zweigliedrigen Kranken- und Pflegeversiche-
7 rung (privat *neben* gesetzlich) abgeschafft wird. Private
8 Kranken- und Pflegeversicherung können als *zusätzliche*
9 Versicherungen bestehen bleiben. Die SPD-Fraktion im
10 Deutschen Bundestag möge diese Änderung mittels Ge-
11 setzesinitiativen durchsetzen.

12

Begründung

14 Bereits im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021
15 hieß es zu Recht (Kapitel 2.4):

16 Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem braucht eine sta-
17 bile und solidarische Finanzierung. Steuerzuschüsse und
18 Investitionsmittel sollten mit klaren Zielvorgaben für die
19 Reform des Systems verbunden werden. Wir werden eine
20 Bürgerversicherung einführen. Das bedeutet: Gleich guter
21 Zugang zur medizinischen Versorgung für alle, eine soli-
22 darische Finanzierung und hohe Qualität der Leistungen.

23

24 Und ergänzend zur Pflegeversicherung (Kapitel 3.5):

25 Wir wollen eine Vollversicherung als Bürgerversicherung,
26 die alle pflegerischen Bedarfe und Leistungen abdeckt.

27 Leider wurden diese Forderungen bereits nach den ersten
28 Sondierungsgesprächen zur dann vollendeten Koalition
29 nicht weiterverfolgt. Ein falsches Vorgehen, wie sich nun-
30 mehr herausstellt: Die gesetzliche Krankenversicherung
31 hat organisatorisch und auch finanziell diese Bundesre-
32 publik Deutschland als verlässlicher Partner mit durch
33 die Coronapandemie gebracht. Impfungen für Bürgerin-
34 nen und Bürger, spezielle Programme für Pflegepersonal,
35 drastisch ansteigende Kosten infolge tausendfacher Er-
36 krankungen wurden durch ein bewährtes, nicht profitori-
37 entiertes Standbein unseres Sozialstaats bewältigt. Ein
38 Grund mehr, nunmehr sämtliche Berufsgruppen, auch Be-
39 amt*innen und Abgeordnete an der solidarischen Finan-
40 zierung dieses bewährten Systems zu beteiligen. Darüber
41 hinaus muss die Pflichtversicherungsgrenze, welche es
42 ab einem gewissen Einkommen ermöglicht, komplett in
43 die private Krankenversicherung zu wechseln, abgeschafft
44 werden.

45

46 Wer glaubt, über die gute medizinische Versorgung in un-
47 serem Land hinaus Chefarztbehandlungen, Krankenhaus-
48 einzelzimmer und ähnliches zu benötigen, kann dies ger-

Überweisung an Landesgruppe Berlin im BT

49 ne „on top“ zusätzlich privat absichern.

50

51 Die Welt hat sich seit den Sondierungsgesprächen weiter-
52 gedreht, wir müssen zu unserer Ursprungsforderung zu-
53 rückkehren und die Beitragsbasis für die gesetzliche Kran-
kenversicherung baldmöglichst deutlich verbreitern.

1